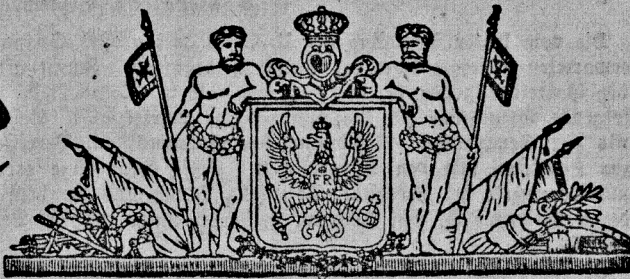


Vossische



Zeitung

5 Mark

Gegründet

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3600-3663 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686-3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto Berlin 650

Genf und der Orient.

Einladungen an Deutschland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

ib Genf, 22. September.

Die gestrige Debatte in der Abrüstungskommission des Völkerbundes hat allen voreiligen Kommentaren zum Trotz zwei Dinge deutlich gezeigt. Erstens: Zwischen Frankreich und England ist eine Uebereinstimmung über die Art der Behandlung der Reparationsfrage und des Problems der interalliierten Schulden angebahnt, so daß angesichts der bisherigen politischen Lage diese Auseinandersetzung innerhalb des Völkerbundes gar nicht übersehbar werden kann. Denn wenn auch der zur Annahme gelangte Antrag des Senators de Jouvenel von einer Aufforderung spricht, die von den „interessierten Regierungen“ an den Rat des Völkerbundes ausgehen müsse, damit sich der Völkerbund mit dem Problem befassen könne, so ist doch nach allem als ganz sicher anzunehmen, daß diese Aufforderung ergehen wird. Selbst im Falle, daß die geplante Brüsseler Konferenz von vornherein zu positiveren Resultaten führen sollte, als sich heute voraussehen läßt, wird man jedenfalls an die Mitarbeit des Völkerbundes und seiner wirtschaftlichen und finanziellen Sachverständigenkörperschaften appellieren, die — was man in Deutschland übersehen hat — die heute in der Völkerbunderversammlung offenbar gewordene Einsicht schon von einem Jahre in ihren ersten Beratungen bekräftigt haben.

Die Tatsache, daß de Jouvenel die Klausel über die Notwendigkeit einer „Aufforderung“ durchsetzen mußte, beweist doch nur das eine, daß die nationale Eigenliebe auch in Frankreich genau wie übrigens anderwärts nicht so rasch zugunsten einer internationalen Organisation abzugeben ist, selbst wenn der nationale Egoismus sich als noch so unfähig zur Lösung der einfachsten Fragen erwiesen hat. Daß der Völkerbund nichts von sich aus schaffen kann, was die Regierungen nicht wollen, da er kein Ueberstaat ist, sondern sich aus den Vertretern dieser Regierungen zusammensetzt, ist gestern besonders von dem holländischen Delegierten Louden wiederum scharf betont worden, zur Kenntnisnahme für alle diejenigen, die vom Völkerbunde Wunder erwarten, aber kein Mittelchen der nationalen Souveränität an ihn preisgeben wollen. Derselbe Delegierte hat denn auch darauf hingewiesen, daß der Völkerbund, in dem alle Staaten, auch die kleinsten, friedlich und alphabetisch nebeneinander sitzen, leichter eine Atmosphäre für wahrhaft internationale Lösungen schaffen kann, als eine Konferenz, an der nur die interessierten Staaten teilnehmen, oder die einmal irgendwo zusammentritt und bei der die Staaten nie wissen, ob und wo sie wieder zusammenkommen werden. Auf diesen Vorfällen des Völkerbundes mit seinem Zwange zu regelmäßigen Zusammenkünften, zu kurzfristigen, sich wiederholenden Beratungen seiner Organe, mit seinen ständigen Büros und seiner kontinuierlichen Arbeit, wiesen all die Reden von Lord Robert Cecil, Branting, Louden und Motta hin.

Zweitens kann man jetzt dem Völkerbunde nicht nur von der Reparationsfrage und den internationalen Schulden, sondern auch von der Aufnahme Deutschlands offen und unverhüllt reden. Im Verein mit den neulich dem Korrespondenten der „Vossischen Zeitung“ gegenüber gemachten Äußerungen Lord Robert Cecil's ergibt sich aus den Worten des schweizerischen Staatsmannes Motta ein deutlicher Hinweis für Deutschland, den man nicht überhören sollte. Motta hat Deutschlands Recht auf seine würdige Aufnahme in den Völkerbund klar genug betont, um für sich das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, Deutschland auch an seine Pflichten zu erinnern und die Haltung eines Teils der öffentlichen Meinung Deutschlands als ungesund und gefährlich zu bezeichnen. Am Ende steht man das in Bern und in Genf doch klarer als in Berlin. Man sollte in Deutschland jedenfalls aber wissen, daß Motta und Branting der einhelligen Meinung auch der besten Freunde Deutschlands im neutralen Ausland Ausdruck gegeben haben, wenn sie die freiwillige Mitarbeit Deutschlands erwarten.

In Paris gilt der heutige Freitag als ein kritischer Tag, da die Orientverhandlungen in das entscheidende Stadium getreten sind. Das im Weltkrieg zertrümmerte Gemäuer von Tschanal ist der Angelpunkt schwerwiegender Entschlüsse geworden. Der Ort liegt auf der asiatischen Seite am Eingang der Dardanellenstraße und gehört zu der sogenannten „neutralen Zone“, die weder Griechen noch Türken betreten sollten. Die Ententetruppen, die unter dem Oberbefehl des britischen Admirals Harrington stehen, hielten diese Zone besetzt, und die Ententemächte haben mit der schönen Einigkeit, die sie in allen Lebenslagen auszeichnet, eine „Warnung“ an Mustafa Kemal gerichtet, sich ja nicht einzufallen zu lassen, das neutrale Gebiet zu betreten. Gleichzeitig aber haben Franzosen und Italiener ostentativ ihre Truppen vom asiatischen Ufer zurückgezogen, ohne den britischen Oberbefehlshaber erst lange zu fragen. Die Franzosen haben den Briten den Rat gegeben, diesem Beispiel zu folgen. Statt dessen haben sich die paar Tausend Mann, die Großbritannien

bei Tschanal stehen hat, eingegraben, verstärkt durch Landungsabteilungen der Flotte, deren stärkste Einheiten, wie der Ueberdreadnought „Trondute“, mit ihren 35-Zentimeter-Geschützen an den Meerengen versammelt sind. Kemal hat mit mehreren Divisionen die Grenzen des neutralen Gebiets erreicht, ohne sie bisher zu beschreiten. So kritisch diese Situation aussieht und so sehr sie durch Prestigefragen verschärft wird, so berechtigt scheint trotzdem die Hoffnung, daß ein Ausweg gefunden wird.

Immerhin bleibt die Lage gespannt. Und deshalb war das Zusammenwirken der englischen und französischen Delegierten bei der bedeutsamen Aussprache über das Repara-

Neue Erhöhung der Steuerungszulagen

Die Einigung erreicht.

Heute vormittag fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Bauer in Anwesenheit von Vertretern der preussischen Staatsregierung eine Besprechung mit den Führern der Parteien des Reichstages und des Preussischen Landtages über die Besoldungserhöhung der Beamten, Angestellten und Arbeiter statt. Vom Reichsfinanzministerium wurde mitgeteilt, daß heute nacht nach schwierigen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eine Einigung erzielt worden sei. Es sei in Aussicht genommen, den allgemeinen Steuerzuschlag von 437 Proz. auf 677 Proz. und den Kopfszuschlag, das heißt den erhöhten Steuerzuschlag auf die ersten 10 000 M. von 492 auf 777 Proz. zu erhöhen. Die Arbeiterlöhne sollten entsprechend festgesetzt werden. Die Reichsregierung habe zugesagt, daß schon am nächsten Donnerstag in eine Beratung über die grundsätzliche Erneuerung der Gehälter, insbesondere des Grundgehaltes und des Ortszuschlages, eingetreten werde. Vizekanzler Bauer erklärte, daß noch heute der Ausschuss des Reichsrates und der Ständige Ausschuss des Reichstages um ihre Zustimmung zu der geplanten Erhöhung ersucht werden würden und daß die Auszahlung der Bezüge mit größtmöglicher Beschleunigung vor sich gehen würde. An diese Mitteilung schloß sich eine kurze Aussprache.

Das Reichsministerium hat bereits in einer um 11 Uhr vormittags stattfindenden Sitzung der Reuefassung der Steuerzuschläge zugestimmt.

tions- und Schuldenproblem in Genf doppelt bemerkenswert. Dieses Zusammenwirken wurde freilich nur dadurch ermöglicht, daß in der Resolution die Betätigung des Völkerbundesrates von der Vorbedingung abhängig gemacht wurde, daß die interessierten Regierungen ihn „anrufen“. Auch die Rede des Senators de Jouvenel zeigte vielfach die Bindungen, die französische Politiker immer wieder verhindern, im Geist einer vorbehaltlosen Zusammenarbeit zu wirken. Nur so erklären sich die ewigen Rückblicke auf Krieg und Sieg, deren Wiederholung allmählich ermüdend wirkt. Herr de Jouvenel sprach davon, daß Frankreich „mitten in seinem Sieg“ seine Truppen „aufgehalten“ habe, weil es sich darauf verlassen habe, durch seine Verbündeten die nötigen „Garantien“ zu erlangen. Dieser Sieg war eben kein französischer Sieg. Es liegt im Wesen eines Koalitionskriegs, daß nicht alle Blüthenräume reifen. Aber was wäre erreicht, wenn die Franzosen 1918 hätten weiter marschieren können? Was auch immer besetzt und zerstört worden wäre: in den Augen der Militärs, der Nationalisten und Annexionisten bleibt die Friedenssicherung stets unvollkommen. In der Tat kann sie nicht durch irgendwelche Akte der Gewalt ein für allemal erfolgen. Sie ist vielmehr eine immer neue Aufgabe der Politik, die nur erschwert wird durch all das, was man herkömmlicherweise als „Garantien“ bezeichnet. Die einzige wirkliche Garantie ist durch ein Zusammenwirken und Zusammenleben gegeben, das den beiderseitigen Bedürfnissen gerecht wird.

Wir wollen uns deshalb auch an das Positive halten, das die gestrige Aussprache der Völkerbundskommission gebracht hat. Es zeigt sich in stärkerem Maß, als erwartet werden konnte, der allgemeine Wunsch, das Genfer Gremium für die Wiederherstellung des wahren Friedens nutzbar zu machen. Bei dieser Arbeit darf die deutsche Hilfe, wenn sie nicht zurückgewiesen oder aus Gründen der Selbstschätzung unmöglich gemacht wird, unter keinen Umständen fehlen. Der sozialdemokratische Parteitag hat auf Anregung des Reichstagspräsidenten sich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen, und es ist anzunehmen, daß die gestrigen Verhandlungen in Genf vollends dazu beigetragen haben, die Hemmungen und Bedenken zu beseitigen, die aus Gründen, auf die heute nicht näher eingegangen werden soll, bisher bestanden haben.

J. E.

Die Stieffinder.

Von
Dr. Erwin Steiniger.

Auf der Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik hat gestern die Aussprache über die Not der geistigen Arbeiter stattgefunden. Sie brachte gründliche, wohlbedachte und, wie es den Forderungen der Wissenschaft entspricht, leidenschaftslos sachliche Referate, aus deren Darlegungen man wertvolle Belehrung über die Tatsachen schöpfen konnte. Aber bedeutungsvoller und eindrucksvoller als diese klugen und sachkundigen Erörterungen war der Ausbruch der Temperamente am vorangegangenen Tage der allgemeinen Debatte. In dieser einleitenden Auseinandersetzung sprachen nicht die Referenten als wissenschaftliche Beobachter der Entwicklung, sondern die geistigen Arbeiter selbst als Leidtragende dieser Entwicklung, als enttäuschte, verbitterte Repräsentanten einer kulturell hochstehenden Bevölkerungsschicht, die verurteilt zu sein scheint, die Hauptkosten des Krieges zu tragen.

Die geistigen Arbeiter fühlen sich von allen Seiten im Stich gelassen: von den Arbeitern, vom Unternehmertum und vom Staat. In Eisenach kam vor allem die neidvolle Verbitterung gegen die Arbeiterklasse zum Ausdruck, deren Aufstieg mit dem Abstieg der geistigen Schichten zeitlich und zum Teil auch ursächlich zusammenfällt. Dies Gefühl ist begreiflich; wird doch die ständig fortschreitende Verkümmern der Lebenshaltung der geistigen Arbeiter von den Unternehmern sehr häufig unmittelbar mit den Ansprüchen der Arbeiterschaft begründet und gerechtfertigt. Aber objektiv betrachtet ist der Arbeiterschaft aus ihrer Haltung, die tatsächlich gegen die geistigen Arbeiter wirkt, kaum ein Vorwurf zu machen.

Gewiß ist in der Arbeiterbewegung (der man dennoch die moralischen Antriebe nicht abprechen darf) vieles, was ethisch verbrannt wird, reiner Materialismus und reine Machtpolitik. Die Verschleierung ist bisweilen aufreizend, und die „Demaskierung“, die Professor Günther forderte, ist in der Tat des öfteren vonnöten. Allein die sozialistische Lehre, in der die deutsche Arbeiterschaft zwei Generationen lang erzogen wurde, ist im wesentlichen eine materialistische Doktrin, und die Masse ihrer Anhänger konnte aus ihr nie viel anderes herausgehören als den Satz: die anderen, die Bürgerlichen, haben zu viel, ihr habt zu wenig. Was Wunder, daß das Proletariat dies Verhältnis ändern wollte, als die Macht dazu in seine Hände kam, und daß es sich dabei um die „anderen“ nicht allzu viel kümmerte. Einen überwältigenden Erfolg hat es ja mit diesem Aufstiegsstreben bis jetzt noch gar nicht erzielt; wirkliche reale Friedenslöhne sind in Deutschland auch heute noch ziemlich selten. Die Arbeiterklasse hat mit Hilfe ihrer politischen und gewerkschaftlichen Macht ihre Lebensführung nur verhältnismäßig viel besser gehalten als der Mittelstand, vor allem als der geistige Mittelstand. Dieser relative Erfolg hat allerdings zu einer Umstimmung genügt, bei der ein großer Teil der Geistigen wirtschaftlich unter das Niveau der Arbeiterschaft heruntergedrückt wurde. Und es muß die verelendende und verelendete bürgerliche Intelligenz mit Erbitterung erfüllen, wenn die Hölflinge des Proletariats an dieser Tatsache schweigend vorübergehen, wenn sie in ihrer Agitation die Arbeiterklasse noch immer als die am stärksten ausgebeutete, ausgehungerte, unterdrückte, ökonomisch und sozial gefährdete Schicht hinstellen. Aber das ist der Fehler der Führer, nicht der Massen.

Vom Unternehmertum fühlen sich die festangestellten, mehr oder minder schöpferisch tätigen geistigen Arbeiter im Stich gelassen. Die unteren Gruppen dieser Schicht haben, wie die Beamten, die Organisations- und Machtpolitik der Arbeiterschaft nachgehakt und damit immerhin eine gewiß bescheidene Sicherung erreicht, die allerdings die zunehmende Proletarisierung ihrer Existenz nicht aufhält. Die oberen Gruppen, zu denen die eigentlich schöpferischen Kräfte gehören, die Kräfte, denen ein wesentlicher Teil des Verdienstes am Aufbau und an der Erhaltung der deutschen Kultur und der deutschen Wirtschaft zufällt, sind völlig hilflos. An diesen Gruppen, denen die Macht fehlt, die nur Masse und Gleichförmigkeit zu gewähren vermag, hält sich das Unternehmertum für die Zugeständnisse schadlos, die jene Macht ihm aufzwingt. Diese schöpferisch tätigen Menschen, die vor dem Kriege acht-, zehn-, zwanzigmal soviel verdienten wie Arbeiter, werden heute mit Arbeiterlöhnen, mit einhalbfachen oder, wenn es hoch kommt, mit doppelten Arbeiterlöhnen abgefunden. Jene Richtung der Nationalökonomie, die von den Unternehmern bevorzugt wurde, weil sie die Leistungen und die Interessen des Unternehmertums sehr ausgiebig zu würdigen verstand, hatte früher die verhältnismäßig hohe Bezahlung der schöpferisch tätigen Angestellten gegen den sozialistischen Vorwurf zu verteidigen, daß der Kapitalismus mit ihr seine Handlanger der Ausbeutung an sich fetten wolle. Sie wußte diese Verteidigung damals mit guten und einleuchtenden Gründen zu führen. Sie wies auf das „Bildungskapital“ hin, das im Einkommen verzinst und getilgt werden müsse, damit es der heranwachsenden Generation geistig Schaffender zum Vorteil der Gesamtheit wieder zugute komme, und sie unterstrich die Notwendigkeit starker materieller Antriebe für die dauernde Erhaltung und dauernde Steigerung von Leistungen, die sich nicht in mechanischer Routinearbeit erschöpfen.